

# Stadtverordnetenversammlung Stadt Cottbus / město Chóšebuz



## Antrag

Antrags-Nr.: 06/21

öffentlich  nichtöffentlich

Antragsteller: DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Antragsdatum: 12. Januar 2021

Beratungsfolge:	Datum		Datum
<input type="checkbox"/> Dienstberatung Oberbürgermeister <input type="checkbox"/> Ausschuss für Haushalt und Finanzen <input type="checkbox"/> Ausschuss für Recht, Ordnung, Sicherheit und Petitionen <input type="checkbox"/> Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Rechte für Minderheiten <input type="checkbox"/> Ausschuss für Bildung, Sport, Kultur und sorbisch/wendische Angelegenheiten <input type="checkbox"/> Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligung und Strukturwandel		<input type="checkbox"/> Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz <input type="checkbox"/> Ausschuss für Bau und Verkehr <input checked="" type="checkbox"/> Hauptausschuss <input checked="" type="checkbox"/> Stadtverordnetenversammlung <input type="checkbox"/> Beteiligung Ortsbeiräte nach KVerf <input type="checkbox"/> Information an AG Ortsteile <input type="checkbox"/> Jugendhilfeausschuss	   17.02.2021 24.02.2021   

### Antragsgegenstand:

Cottbus/Chóšebuz – Sicherer Hafen

### Inhalt des Antrages:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung Cottbus/Chóšebuz unterstützt, wie zahlreiche andere Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland, die Initiative „Seebrücke – schafft sichere Häfen“.
2. Die Stadt Cottbus/Chóšebuz ist weiterhin bereit, Geflüchtete freiwillig aufzunehmen und erklärt sich zum „Sicheren Hafen“.
3. Die Stadtverordnetenversammlung Cottbus/Chóšebuz appelliert an die Bundesregierung, sich verstärkt für die Bekämpfung von Fluchtursachen einzusetzen – insbesondere für eine gerechte und effektive Entwicklungshilfe- und Klimaschutzpolitik.
4. Die Stadtverordnetenversammlung Cottbus/Chóšebuz stellt fest, dass zahlreiche Cottbuserinnen und Cottbuser in den vergangenen Jahren enorme Anstrengungen unternommen haben, um Geflüchtete bei ihrer Ankunft in unserer Stadt zu unterstützen, dankt ihnen hierfür und hofft, dass sie dieses Engagement fortsetzen.
5. Der Oberbürgermeister und der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung werden beauftragt, diesen Beschluss der Initiative „Seebrücke“ zur Kenntnis zu geben.

\_\_\_\_\_  
Unterschrift Antragsteller/in

### Beschlussniederschrift

Gremium:  HA  StVV  
 einstimmig  mit Stimmenmehrheit  
 laut Beschlussvorschlag  
 mit Veränderungen (siehe Niederschrift)

### Beschluss-Nr.:

Tagung am: TOP:  
 Anzahl der **Ja**-Stimmen:  
 Anzahl der **Nein**-Stimmen:  
 Anzahl der **Stimmhaltungen**:

Begründung:

Im Jahr 2020 sind laut UNHCR weitere 1.066 Menschen bei ihrem Versuch, Europa zu erreichen, im Mittelmeer ertrunken. Gleichzeitig harren tausende Menschen in Lagern an den EU-Außengrenzen aus. Das Camp Moria bzw. das Nachfolgecamp Kara Tepe auf der griechischen Insel Lesbos steht dabei sinnbildlich für die unzureichenden hygienischen Zustände sowie die mangelhafte Lebensmittel- und medizinische Versorgung.

Dieser humanitären Katastrophe schaut die Stadt Cottbus/Chósebus nicht tatenlos zu. Die Stadtverordnetenversammlung hat bereits in der Vergangenheit deutlich gemacht, dass sie sich für die freiwillige Aufnahme von Menschen in Not ausspricht – zuletzt durch den Beschluss des Antrags 010/20 (Beteiligung der Stadt Cottbus/Chósebus an der Initiative mehrerer Städte zur freiwilligen Aufnahme unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter).

Über die gesetzlich vorgegebenen Quoten hinaus engagiert sich unsere Stadt für die menschenwürdige Unterbringung und Unterstützung von Geflüchteten. Auch wenn der Kommunalpolitik bei der Bekämpfung von Fluchtursachen lediglich der Appell bleibt, kann sie diesen durch die symbolische Deklaration zum „Sicheren Hafen“ verstetigen und bekräftigen.